

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : die neue Kongo-UNO-Krise ; Rhodesien an der Reihe? ; Indiens Lebenskampf ; Amerika und der Zug zum Sozialismus ; Vollabrüstung nötig
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140556>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

server Verschmutzung und die Bedrohung des Trinkwassers sind höchst alarmierend geworden.

Die Rechnung für diesen Raubbau an der Natur und am Wasser werden dereinst unsere Kinder und Kindeskinde zahlen müssen, wenn wir nicht den Mut haben, den vorgenannten Grundübeln unverzüglich auf den Leib zu rücken.»

Wie lange wird es dauern, bis auch bei uns der Bau von Atomkraftwerken aktuell wird, obwohl allein schon die Beseitigung der Atomrückstände neue, noch in keinem Lande gelöste Probleme und die Gefahr von Wasser- und Luftverseuchung mit sich bringt? Unsere Behörden wie unsere Presse sind außerordentlich schweigsam in diesem Punkt, obschon auch bei uns in Würenlingen ein Versuchsreaktor im Betrieb steht.

Ist es nicht vollendeter Unsinn, wenn wir zugunsten eines sogenannten erhöhten Lebensstandards — in Wirklichkeit aus reiner Gewinnsucht und Gedankenlosigkeit — unsere naturgegebenen Lebensbedingungen — reine Luft, reines Wasser, gesunden Boden — selbst zerstören? Aus Amerika, das in diesem Run auf das standardisierte Glück des größten Verbrauchs, ja der Verschwendung, an der Spitze steht, kommen Berichte, die zeigen, daß man sich auch dort über die Fragwürdigkeit dieser Lebensweise Gedanken macht. Oder ist es so, daß wir uns dem Zwang solcher Entwicklung nicht entziehen können? Dann ist unsere Freiheit trotz flamboyanten 1. August-Reden an einem kleinen Ort.

Red.

WELTRUNDSCHAU

Die neue Kongo-UNO-Krise In der letzten Weltrundschau konnte ich nur noch nachtragsweise die Ermordung Lumumbas und ihre Auswirkungen rasch besprechen. Inzwischen hat sich die Lage im Kongo derart verschärft, daß es schon gut gehen muß, wenn die Vereinten Nationen über diese neue Krise, die sie selbst mitverschuldet haben, heil hinwegkommen sollen. Es handelt sich einfach darum, ob man in der UNO endlich einsieht, daß mit der bisherigen heuchlerisch als Nichtintervention bezeichneten Kongopolitik radikal gebrochen und die ganze Kraft der vielgerühmten Weltorganisation eingesetzt werden muß, um dem Kongo seine Unabhängigkeit von ausländischen Kapital- und Machtinteressen und damit auch seine innere Einheit zu sichern. Schon vor Lumumbas Ermordung merkte man zwar im Hauptquartier der UNO, daß der Stern der Lumumbafeinde im Erblassen war, daß die wirkliche Ord-

nungs- und Einigungskraft im Kongo sich um Gizenga und die anderen früheren Mitarbeiter Lumumbas herum bildet, die mindestens die beiden Provinzen Ost und Kivu in der Hand haben, und daß man mit *dieser* Kraft zu einer Verständigung kommen muß, wenn Chaos und Bürgerkrieg überwunden werden sollen. Aber gerade weil den Tschombe & Co. die «Gefahr» drohte, daß man sich in Neuyork neuorientieren werde, mußte Lumumba beseitigt werden; die Spekulation dabei war, daß dann niemand mehr da sei, der als Partner für die UNO in Frage komme, und infolgedessen die Aktien der Sonderbündler und Kolonialisten wieder steigen *müßten*.

Die Rechnung ist gründlich fehlgegangen. Der tote Lumumba ist mächtiger geworden, als er je zu Lebzeiten war. Als Märtyrer und Nationalheld der kongolesischen Unabhängigkeitsbewegung hat er nicht nur in Afrika, sondern in der ganzen Welt Sympathien gewonnen, die auch die hartgesottenen UNO-Diplomaten nicht mehr mißachten können. Trotz allem dummen Geschrei über Kommunismus und russisch-chinesische Festsetzung in Afrika ist jetzt völlig klar geworden, wo die *wirklichen* Unruhestifter und Verbrecher sitzen, wo ihre Mitschuldigen zu suchen sind, und was für Folgerungen aus dem offen daliegenden Tatbestand gezogen werden müssen.

Die Schuld an der Ermordung Lumumbas trägt natürlich vor allem Monsieur Tschombe, der Diktator des Katanga, dessen Kreaturen den verhaßten politischen Gegner umgebracht und dafür 400 000 belgische Franken — 25 000 Schweizer Franken — bekommen haben. Schwer belastet sind auch Kasavubu, der sich noch immer Staatspräsident des Kongo heißt, und «General» Mobutu, die beide zusammen Lumumba rechtswidrig abgesetzt, gefangengenommen und an Tschombe ausgeliefert haben, obwohl — nein — *weil* sie genau wußten, was dieser dunkle Ehrenmann mit ihm machen würde. Mitschuldig in hohem Grad ist weiter die belgische Regierung, sind die im Dienst der Sonderbündler stehenden belgischen und anderen Beamten und Offiziere und erst recht die belgischen, amerikanischen und britischen Kapital- und Kolonialinteressenten, die Tschombe und Mobutu als ihre Werkzeuge benützt und deren Armeen bezahlt haben. Und mitschuldig hat sich endlich die UNO selbst gemacht, die den Sturz Lumumbas begünstigt, Kasavubu auf alle Art begünstigt und ohne wirksamen Einspruch Lumumbas Auslieferung an Tschombe hingenommen hat. Kasavubus Delegation an die UNO-Tagung wurde als allein rechtmäßig anerkannt, aber Lumumbas Vertretung abgewiesen, und Tschombe wurde sogar zur Königshochzeit nach Brüssel eingeladen und dort mit allen Ehren eines regierenden Fürsten empfangen . . .

Auf jeden Fall scheint Generalsekretär Hammarskjöld hintendrein eingesehen zu haben, daß er auf das falsche Pferd setzte, als er sich für Kasavubu, Mobutu, Tschombe entschied und Lumumba fallen ließ. Die Resolution, die nach langem Hin und Her der Sicherheitsrat schließlich annahm, spiegelt denn auch die Schwenkung Hammar-

skjolds deutlich wider — so sehr, daß jetzt die Westmächte über seine «einseitige Kongopolitik» bittere Klage erheben, nachdem sie vorher durch dick und dünn mit ihm gegangen waren, als er wirklich einseitig gegen Lumumba, den Führer der Mehrheitspartei im Kongo, und für die Staatsstreich-Diktatoren und die Konkurrenten Lumumbas Partei ergriff! Hammarskjöld gibt sich jetzt größte Mühe, die Forderungen des Sicherheitsrates durchzusetzen: Einstellung des Bürgerkrieges, Entpolitisierung und Neuorganisation der Privatarmeen Mobutus und Tschombes, Entlassung des militärischen und zivilen Personals, das die Sonderbündler vom Ausland, besonders von belgischer Seite, bezogen haben, Verbot von Waffenlieferungen nach dem Kongo, Untersuchung des Mordes an Lumumba, Wiedereinberufung des kongolesischen Parlaments, das Lumumba wiederholt als Ministerpräsidenten anerkannt hat, Neuordnung des staatsrechtlichen Aufbaus der Republik auf föderativer Grundlage, usw. Er stößt dabei natürlich auf den heftigsten Widerstand der Betroffenen sowohl im Kongo selbst als im Kreis der UNO-Mächte, obwohl die belgische Regierung offenbar Anstrengungen macht, um den Begehren des Sicherheitsrates nachzukommen, «soweit das in ihrer Macht liege» — was freilich ein dehnbarer Begriff ist.

Aber der neuen UNO-Aktion fehlt eben doch eines: der Mut und die Entschlossenheit, mit den Kasavubu, Mobutu und Tschombe direkt anzubinden, ihre Hintermänner, die europäischen und amerikanischen Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutung des Kongo, in die Schranken zu weisen und sich auf die Volkspartei Lumumbas zu stützen, deren Führer schon fast die Hälfte der Kongorepublik für sich gewonnen haben. Solange diese Halbzeit und innere Zwiespältigkeit der nun eingeleiteten Intervention andauert, wird wohl der Beschluß des Sicherheitsrats auf dem Papier stehen bleiben und namentlich die wesentliche Verstärkung der Polizeitruppe nicht zustande kommen, die Hammarskjöld so verzweifelt anfordert. Ob wohl die Generalversammlung der UNO, die jetzt wieder zusammengetreten ist, endlich eindeutige Klarheit und Folgerichtigkeit in die Aktion bringen wird? Die Hoffnung ist nicht groß angesichts der Zerrissenheit der ironisch so genannten «Vereinten Nationen» und des unverdrossenen Ränkespiels derjenigen, die jedes wirksame, an die Wurzel des Übels gehende Eingreifen in den kongolesischen Bürgerkrieg hintertreiben wollen. Mit den Mordbrüdern Kasavubu, Mobutu und Tschombe als *Verbündeten* wird die UNO niemals Ordnung und Frieden im Kongo schaffen können — nur im *Kampf* gegen sie und gegen die Profiteure des Kolonialkapitalismus, unter denen sich nicht zuletzt auch Schweizer befinden sollen . . . *

* Eine gänzliche Neuorientierung der Politik der Westmächte gegenüber dem Kongo ist um so notwendiger, als inzwischen die Tschombe, Kasavubu, Mobutu, Ileo usw. in der Hauptstadt Madagaskars eine «Gipfelkonferenz» abgehalten haben, die der UNO ebenso offen wie frech-höhnend den Kampf angesagt hat. Es würde

Rhodesien an der Reihe! Am Kongo sieht man tatsächlich auf neue, daß die Kolonialfrage nicht lösbar und die Befreiung der unterentwickelten, daß heißt von volksfremden Mächten niedergehaltenen Nationen unmöglich ist, solange die Kapitalmächte nicht gebändigt sind. Der Kampf um die Erhebung der «zurückgebliebenen» Völker zu einem menschenwürdigen Leben verlagert sich darum immer mehr auch in die «fortgeschrittenen» Länder des Westens. Ein Aufsatz in den Mailänder «Problemi del socialismo» (Januarheft 1961) macht mit Recht auf diesen Zusammenhang aufmerksam. «Der Kampf für die wirkliche Befreiung der Kolonialvölker», so lesen wir da, «wird so eine Seite auch des Lebens des westlichen Kapitalismus, weil er die Grundlagen einer Wirtschaftsblüte untergräbt, auf der innerhalb der westlichen Welt der Vorgang einer Erschütterung des Kampfwillens der Massen beruht, und stellt so die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung des Sozialismus her. Das Beispiel Belgiens ist von diesem Gesichtspunkt aus aufschlußreich . . . Auch die modernsten Formen des Neukapitalismus haben die Befreiungsbewegung der Völker nicht aufzuhalten vermocht, die von Asien nach Afrika übergegriffen und nun bereits auch in Lateinamerika Fuß gefaßt hat . . . Besonders die Jugend hat überall ihre Ungeduld mit den bestehenden Verhältnissen und ihr Streben bekundet, der Demokratie, dem Fortschritt und dem Sozialismus neue Bahnen zu eröffnen. Neue Parteien und neue Bewegungen treten so ziemlich überall auf, um den Kräften Ausdruck zu geben, die von einem Ende der Welt bis zum andern das alte kapitalistische Gleichgewicht erschüttern, während sich auch die Welt der kommunistischen Länder in einem Stadium offener Auseinandersetzung, tiefer Aufwühlung, hingebungsvollen Forschens und beständiger Erneuerung befindet.»

Gegen diese Entwicklung kämpfen die alten und neuen Kolonialmächte vergebens an, sowohl in Algerien und Angola als im Kongo und in *Rhodesien*, das in den letzten Wochen stärker als bisher ins Blickfeld auch der nichtbritischen Welt getreten ist und wo sich offenbar nun eine entscheidende Auseinandersetzung zwischen der weißen

genügen, daß jede finanzielle, militärische und wirtschaftliche Hilfe an die Sonderbündler von außen her gesperrt würde, um deren Macht in kürzester Frist zusammenbrechen zu lassen und den um Gizenga gescharten Gegenkräften die Oberhand zu verschaffen. Aber gerade das wollen ja weder Belgien und Frankreich noch England und die Vereinigten Staaten. Die Folge ist, daß die UNO-Aktion weiterhin gelähmt bleibt und der Kapitulation vor den Diktatoren in Elisabethville und Léopoldville entgegentreibt – alles zum Nutzen des Kolonialkapitals, das die Gefahr einer Festsetzung der Russen im Kongo vorschützt, um nicht den angeblich von Moskau massiv unterstützten Anhängern der Lumumba-Partei in ihrem Bestreben helfen zu müssen, die Einheit des Kongo wiederherzustellen. Dabei ist es, wie ein so gut unterrichteter Beobachter wie Basil Davidson im «New Statesman» (10. 3.) feststellt, «offenkundig unwahr, daß die Russen (im Kongo) in irgendeiner Art eingegriffen hätten, die mit dem Verhalten der Belgier und ihrer Verbündeten verglichen werden könnte». Ein elenderes Spiel als im Kongo haben die Kolonialisten selten getrieben! (17. März.)

«Herrenrasse» und der schwarzen Untertanenrasse wie den fortschrittlicheren Kräften in Großbritannien selbst vorbereitet.

Die beiden Rhodesien — Nord- und Südrhodesien — bilden seit 1953 mit Nyassaland zusammen die Zentralafrikanische Föderation. Den politischen Kern des Bundesstaates stellt Südrhodesien dar, das zum unabhängigen Dominion innerhalb des Britischen Staatenverbandes im Rang von Kanada, Australien usw. aufgerückt ist, während Nordrhodesien noch Kronkolonie und Nyassaland erst Protektorat ist, die beide dem Londoner Kolonialministerium unterstehen. Der Bundesstaat umfaßt rund 870 000 Quadratkilometer, hat also etwa die zweieinhalbfache Größe von Spanien, und zählt mehr als sechseinhalb Millionen afrikanische Einwohner gegen nur etwas mehr als 200 000 Weiße. Wirtschaftlich kommt heute Nordrhodesien mit seinem «Kupfergürtel» die größte Bedeutung zu, aber Südrhodesien ist der älteste Siedlerstaat der Föderation und hat eine größere weiße Bevölkerung als irgendein Land in Afrika zwischen Algerien und der Südafrikanischen Union. Trotzdem ist seine Europäerbevolkerung nur etwa 160 000 Köpfe stark, gegenüber zwei Millionen Schwarzen. Nordrhodesien hat rund 50 000 Weiße gegen 1,9 Millionen Schwarze, und in Nyassaland leben gar nur etwa 4000 Weiße mitten unter den zweieinhalb Millionen Schwarzen. Das zahlenmäßige Verhältnis von Schwarz und Weiß ist 13 zu 1 in Südrhodesien, 42 zu 1 in Nordrhodesien und 588 zu 1 in Nyassaland.

Dennoch träumen die rhodesischen Weißen von einem Einheitsstaat, der von Großbritannien ganz unabhängig wäre und ihnen auf unabsehbare Zeit die Vorherrschaft sichern könnte, wenn er mit ähnlichen Mitteln, wie die Südafrikanische Union sie anwendet, tatsächlich ein Regime der Apartheid, wenn auch im Gewand der «Mehr rassigkeit», aufrichten würde. Ob Cecil Rhodes selbst, einer der großen britischen Reichsbaumeister, der diesen Teil Afrikas — neben anderen — der Ausbeutung durch die Weißen erschlossen und ihm seinen Namen gegeben hat, mit dieser brutalen Abenteuer- und Katastrophenpolitik einverstanden wäre, muß eine offene Frage bleiben; er hat immerhin Beweise von Weitsicht und Duldsamkeit erbracht, die bezweifeln lassen, daß er für den mit Rassentheorien begründeten Klassen- und Kastenegoismus der heutigen Siedler viel Verständnis aufbrächte. Jedenfalls aber ist der gegenwärtige Machthaber der Föderation, Sir Roy Welensky, von der Notwendigkeit der weißen Vorherrschaft fest überzeugt. «Mit der Kolonialherrschaft ist es vorbei», sagte er einmal. «Wir müssen uns hier irgendwie behaupten, sonst verlieren wir alles wie in Indien.» Um dieses «irgendwie» geht es tatsächlich, und alles spricht dafür, daß der Ministerpräsident des Bundesstaates, obwohl er noch keineswegs der Schlimmste ist, es so ziemlich im Sinn seines Kollegen Verwoerd von der Südafrikanischen Union auffaßt. Dabei hat Welensky, der Sohn polnischer Einwanderer, ziemlich viel jüdisches Blut in seinen Adern, sollte also einiger-

maßen wissen, was Rassenfanatismus ist und wohin er führt! Aber dieser massige Mann von 250 Pfund Gewicht, der sich vom Barkellner und Lokomotivführer über die Gewerkschaftsbewegung zum ersten Politiker zuerst seines Heimatstaates Nordrhodesien und dann der Föderation hinaufgearbeitet hat, scheint eben auch seelisch derart robust zu sein, daß ihn die Methoden der südafrikanischen Herrenmenschen nicht gerade viel genieren.

So war es denn unausbleiblich, daß er mit der britischen Zentralregierung hart zusammenstieß, die sich 1959, mit einer plötzlichen Schwenkung, zu einer Politik des grundsätzlichen Entgegenkommens an die afrikanische Nationalbewegung in der Föderation bekannte. In Nyassaland wurde der Weg für eine afrikanische Mehrheit im Gesetzgebenden Rat zuerst freigemacht, und die Regierung der Föderation nahm es auch ohne viel Widerstand hin, weil Nyassaland für die Weißen wirtschaftlich wenig «interessant» ist. Anders Nordrhodesien. Die neue Verfassung, die für diese Kolonie in London entworfen wurde, erweckte den leidenschaftlichen Widerstand der Siedler, die fürchten, ein von den Afrikanern beherrschtes Nordrhodesien, das mit seinen reichen Bodenschätzen aus der Föderation austrete, werde diese ebenso zur wirtschaftlichen Ohnmacht verurteilen, wie die Kongo-republik ohne den Katanga nicht mehr lebensfähig sei. Zum mindesten werde auch Südrhodesien daraufhin eine «schwarze Regierung» bekommen — und das wäre in den Augen der Weißen das Ende aller Dinge überhaupt. Die nach London einberufene Konferenz über Nordrhodesien scheiterte so an dem harten Willen der organisierten Siedlerbevölkerung, ihre politische und wirtschaftliche Vormachtstellung unter allen Umständen zu behaupten; Welensky droht ganz offen mit völliger Losreißung Süd- wie Nordrhodesiens vom Mutterland, falls der Verfassungsentwurf des Kolonialministers nicht zurückgezogen oder doch nach den Forderungen der Weißen abgeändert werde.

Was nun geschehen wird, ist noch gänzlich unklar. Die weißen Rassen- und Klassenkämpfer können zwar ihren Apartheidsstaat durch einen Gewaltstreich auf die Beine stellen — aber die Herrlichkeit würde sicher nicht lange dauern. Die schwarzen Afrikaner lassen sich nun einfach nirgends mehr als gefügige, billige Arbeitermasse im Dienste der europäischen «Herrenklasse» ausbeuten. Und wenn Welensky und seine Anhänger an diesem «Idealzustand» trotzdem festhalten wollen, so droht über kurz oder lang nicht nur der neue rhodesische Apartheidsstaat durch eine Explosion afrikanischen Widerstandsgeistes in die Luft gesprengt zu werden, sondern auch die alte Rassen- und Klassenherrschaft der Weißen in der Südafrikanischen Union zusammenzubrechen. E. S. Sachs, der frühere südafrikanische Gewerkschaftsführer, der jetzt in England lebt, warnt aufs neue («New Statesman» 24. Februar): «Über kurz oder lang wird sich (bei einer Fortsetzung der kolonialen Ausbeutungspolitik) ganz Südafrika empören und sich gewaltsam holen, was ihm rechtmäßig gehört...

Die andere Möglichkeit besteht darin, daß die weißen Bergwerksbesitzer und Farmer *freie* Arbeitskräfte werden zu einem menschenwürdigen Lohn beschäftigen müssen statt Halbsklaven für ein paar Schilling im Tag; sie werden sich auch mit einem Rückgang ihrer Dividenden von 200 oder 300 Prozent auf ein vernünftiges Maß abfinden müssen.»

Indiens Lebenskampf

Daß die bloße Befreiung von Fremd- und Rassenherrschaft nicht genügt, um den Aufstieg der niedergehaltenen farbigen Völker zu einem würdigen Menschentum zu sichern, dafür ist *Indien* immer wieder ein sprechendes Beispiel. «Zu Millionen leben in Indien fünf- bis achtköpfige Familien zusammengepfercht in Elendshütten aus Sacktuch, Lehm oder Bambusrohr. Ihr totales Familieneinkommen erreicht den Wert von 20 bis 50 Schweizer Franken pro Monat. Ihre Nahrung besteht aus einem kargen Reis- oder Linsengericht pro Tag, das gelegentlich vielleicht durch ein Glas dünne Milch ergänzt wird. Die Kinder krabbeln im Schmutz herum mit geschwollenen Wasserbäuchen und entzündeten Augen. Die Eltern sind schwächling, muskellos, spindeldürr; die Großeltern kaum noch fähig, sich zu rühren. Nur wer den täglichen Existenzkampf dieser im Elend wimmelnden Millionen gesehen und die fruchtversengende und geisteszermürbende Glut der unbarmherzigen Sonne, unter der sich dieses Drama abspielt, erlebt hat, kann ermes- sen, welch gigantisches Ausmaß der Kampf um die Entwicklung des Landes annimmt.» Das stand nicht in einer als «kommunistisch» ab- tubaren Propagandaschrift; es war letztes Jahr einmal in der stock- reaktionären «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2660) zu lesen und be- sagt mit wenigen Worten, wie es heute, 13 Jahre nach der Befreiung von britischer Herrschaft, in Indien immer noch aussieht.

Nicht daß Indiens Kampf gegen Armut und Elend seither ganz er- folglos gewesen wäre. Das Volkseinkommen ist gegenüber 1951 um etwa 40 Prozent gestiegen, die Kornproduktion um 50 Prozent, die Industrieproduktion ebenfalls um 50 Prozent; die Anlage von Neu- kapital hat sich in 15 Jahren verdreifacht. Das sind große Leistungen; sie genügen aber noch nicht einmal, um auch nur mit dem Bevölke- rungswachstum Schritt zu halten, hat doch die Volkszahl Indiens in den letzten zehn Jahren um mindestens 20 Prozent zugenommen, und das heißt, daß alljährlich vier bis fünf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, vor allem in Industrie, Handel und Ver- kehr, wenn die Not nicht *noch* größer werden soll. «Trotz den Bemü- hungen der Regierung und den erklärten Grundsätzen der Regierungs- politik», so schreibt Professor Th. Balogh im «New Statesman» (24. Februar), «nimmt die soziale Ungleichheit immer noch zu. Solang die landwirtschaftliche Bevölkerung wächst, ist keine Milderung der sozialen Ungleichheit, die eine Folge der Arbeitslosigkeit ist, zu er-

warten . . . Eine ungeheure weitere Anstrengung ist erforderlich, wenn die weitere Vermehrung der Bevölkerung nicht zu einer Verbreiterung der Kluft zwischen der Leistungsfähigkeit und dem Einkommen der übervölkerten ländlichen und der sich entwickelnden städtischen Gebiete Indiens führen soll. Die Kapitalanlagen werden auf mindestens 20 Prozent des Volkseinkommens hinaufgetrieben werden müssen, also auf etwa das Doppelte der neuerdings erreichten Höhe und weit über die Höhe hinaus, die bisher auch nur in den vorläufigen Entwürfen für den vierten Wirtschaftsplan in Betracht gezogen ist. Wenn aber diese Höhe von 20 Prozent nicht erreicht wird und damit auch nicht eine Rate des Produktionswachstums von mindestens sieben oder acht Prozent jährlich (oder mehr als das Doppelte der gegenwärtigen Rate), dann wird auf unabsehbare Zeit hinaus erdrückende Armut auf der Mehrzahl der Inder lasten.»

Der neue (dritte) Fünfjahrplan, der bald in Kraft gesetzt werden und die wirtschaftlichen Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft erstellen soll, verlangt also von Indien fast übermenschliche Anstrengungen. Wird es möglich sein, wie in China die arbeitslosen oder unterbeschäftigten Massen des Landvolkes für die Erreichung der Planziele zu mobilisieren? Wird einige Sicherheit für die Hochhaltung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse geschaffen werden können? Wird ausländische Hilfe in genügendem Umfang zu erlangen sein? Wird die Ausfuhr gesteigert, der Verwaltungsapparat modernisiert, das Spekulantentum gezügelt, das Monopolstreben der Industriellen gebremst werden können? Diese und noch zahlreiche andere Fragen stellen sich den indischen Wirtschaftsplanern mit beängstigender Dringlichkeit. Und doch wird sie heute noch niemand mit irgendwelcher Zuversicht bejahen können. Eine Frage — und eine der wichtigsten —, nämlich die nach umfassender Auslandshilfe, besonders von seiten der Vereinigten Staaten und der Westmächte überhaupt, glaubt James Endicott, der wohlbekannte kanadische Missionar, der Indien kennt, schon jetzt verneinen zu müssen. «Es ist offensichtlich», so schreibt er in seinem Beitrag an das Sammelwerk «Die Wende in der Geschichte der Menschheit» (Seite 129 f.), «daß Nehru und seine Regierung keine (ausreichende) wirtschaftliche und finanzielle Hilfe aus dem Westen erhalten, weil Indien sich weder der SEATO anschließen noch sonst für den Kalten oder eventuell sogar für den Heißen Krieg Stützpunkte gegen die Sowjetunion und China zur Verfügung stellen wird . . . Aber selbst bei angemessener Hilfe würde der Preis einer langsamen evolutionären Entwicklung erschreckend sein. Eine vorsichtige Schätzung läuft darauf hinaus, daß in den nächsten zehn Jahren in Indien 100 Millionen Menschen unnütz sterben werden, weil die notwendigen sozialen Veränderungen zu langsam vor sich gehen. Diese Veränderungen könnten aber mit revolutionärer Kraft schneller vonstatten gehen! Es wäre interessant, hierüber die Anmerkungen der antikommunistischen Moralisten zu hören, die so

eifrig dabei sind, über den ‚Preis‘ der Veränderungen in China zu jammern. In der Stadt Madras gibt es annähernd 200 000 Arme, die auf den Straßen leben müssen. Noch nie haben sie ein eigenes Zimmer gekannt. In jenem Stadtteil beträgt die durchschnittliche Lebensdauer nicht mehr als 20 Jahre. Wie soll man entweder im Namen des Christentums oder im Zeichen der ‚Überlegenheit der evolutionären Methode‘ diesen Menschen die ‚Notwendigkeit‘ erklären, daß dieser Zustand noch nicht verändert werden kann?»

Amerika und der Zug zum Sozialismus

Es mutet angesichts der revolutionären Wandlungen, die vor allem in den unterentwickelten Ländern so notwendig sind wie das tägliche Brot (und ohne die es ein tägliches Brot dort gar nicht geben wird), es mutet, sage ich, wie ein Kampf gegen Windmühlen an, wenn der europäisch-amerikanische Westen immer noch, ja immer toller, auf eine angeblich drohende kriegerische Kraftprobe mit der kommunistischen Welt hin rüstet. Erst letzthin erzählte Paul-Henri Spaak, der demnächst belgischer Ministerpräsident zu werden hofft, seinen Lesern (vgl. «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 794), Chruschtschew habe zwar wahrscheinlich «für den Augenblick verzichtet, uns mit Krieg zu überziehen», und werde wohl auch an diesem Verzicht so lange festhalten, «als ihm ein Krieg zu kostspielig und zu gefährlich erscheint»; aber er habe trotzdem «sicherlich nicht auf das Endziel eines kommunistischen Sieges in der Welt verzichtet», wobei natürlich beim «freien Menschen» des Westens sofort die Vorstellung von einem Sieg des Kommunismus mit Hilfe eines revolutionären *Krieges* aufsteigt. Und es ist klar, daß auch Präsident Kennedy und seine neue Regierung von der Vorstellung beherrscht sind, nur militärische Höchsrüstung könne die Sowjetunion und China von dem Versuch abschrecken, sich die übrige Welt mit militärischer Gewalt zu unterwerfen. Für die Speisung der verhungern den Inder kann inzwischen natürlich nicht viel getan werden.

In diesem entscheidenden Punkt hat sich in den Vereinigten Staaten mit dem Regierungswechsel bestimmt nichts geändert. Und sonst? Die Herausgeber der Neuyorker «Monthly Review» warnen (im Februarheft) jedenfalls vor der Annahme, daß *irgendeine* amerikanische Regierung mit den großen unpersönlichen Kräften fertig werden könne, die die Gesellschaft des Monopolkapitalismus beherrschen. Diese Kräfte hätten den Willen und die Macht, jedes Wirtschafts- oder Sozialprogramm zum Scheitern zu bringen, das die Privatwirtschaft in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen versuche. Und was die internationale Politik betreffe, so sei auch da nicht viel Gutes von Leuten zu erwarten, die unter der von ihnen ständig im Munde geführten «Freiheit» nicht die Befreiung der Völker aus untermenschlichen Lebensverhältnissen verstünden, sondern die Sicherung des Privateigentums und des Privatunternehmertums. «Wirkliche Abrüstung würde

im gegenwärtigen Erschöpfungszustand der Wirtschaft die bloße Stokkung des Wirtschaftslebens in eine tiefe Krise verwandeln. Sie würde auch ... den fast sofortigen Verlust einer großen Zahl unterentwickelter Länder für die 'freie Welt' (lies: Welt des freien Unternehmertums) bedeuten.» Kennedy und seine Berater redeten zwar viel von Hilfe an die unterentwickelten Länder. Was aber diese Länder vor allem brauchten, *bevor* sie mit einer Auslandshilfe etwas Rechtes anfangen könnten, das sei «eine soziale Revolution, die die alten, verurufenen und verderbten Herrenklassen verjagt, die Schlüsselsektoren ihrer Wirtschaft sozialisiert, junge, kraftvolle Führungsgruppen ans Ruder bringt und die Hoffnungen und schlummernden Kräfte der Volksmassen wachruft». Das aber sei wahrhaftig nicht das Ziel der neuen Herren im Weißen Haus, die vielmehr darauf ausgingen, solche Revolutionen zu verhindern oder sie zu ersticken, wo sie — wie in Kuba — ausgebrochen seien.

Auf eine friedliche Zusammenarbeit und Konkurrenz mit der Sowjetunion aber, so stellt die genannte Zeitschrift fest, dürfen sie sich erst recht nicht einlassen. Denn solche Zusammenarbeit würde ja den Zug der unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von der «freien Welt» weg und zum Neutralismus, ja zum Sozialismus hin nicht aufhalten, sondern im Gegenteil noch beschleunigen. «Die Vereinigten Staaten können zwar auf die Länge die unterentwickelte Welt nicht hindern, sozialistisch zu werden. Aber sie können und werden fast sicher dagegen so lang als möglich und mit allen und jeglichen Mitteln ankämpfen, die ihnen zu Gebot stehen. Und das schließt jede Verständigung mit der Sowjetunion aus, die mehr als begrenzten, örtlichen und aller Wahrscheinlichkeit nach zeitweiligen Charakter hat.»

Natürlich seien die Kennedy, Rusk, Bowles, Stevenson und Konsorten erheblich schlauer als die Eisenhower, Dulles und Herter. Man dürfe von ihnen erwarten, daß sie den Kampf gegen den Sozialismus intelligenter, überzeugender und demagogischer führen werden als ihre Vorgänger. So grobe Fehler wie Dulles würden sie kaum machen, aber eine wirkliche Schwenkung der amerikanischen Außenpolitik liege ihnen gänzlich fern. «Was anscheinend kommen wird, das ist eine geschicktere, gescheiterte, sachverständigere Verfolgung des gleichen alten Zieles — bessere Chauffeure, die bessere Wagen auf der gleichen holprigen Straße dem gleichen Bestimmungsort zuführen.» Wozu wir nur bemerken möchten, daß alles darauf ankommt, dafür zu sorgen, daß es auf dieser Fahrt nicht auch eine Weltkatastrophe gibt, außer den Unglücksfällen, die Amerika sich selber zuziehen wird. Das aber ist Sache der anderen Völker und ihrer Regierungen, deren Druck auf die Vereinigten Staaten so stark werden muß, daß diese — ob ihre neue Regierung nun will oder nicht — abrüsten und mit der dem Sozialismus zustrebenden Welt friedlich zusammenleben *müssen*.

Vollabrüstung nötig Am stärksten scheint solcher Druck gegenwärtig von *England* her ausgeübt zu werden. Der Feldzug gegen die atomare Aufrüstung und gegen den ganzen Rüstungsirrsinn, der dort so weite Volkskreise, bis tief in die konservativ-bürgerlichen Reihen hinein, erfaßt hat, macht offenbar auch auf die Regierung Macmillan Eindruck. Und die Berichte mehren sich, wonach London mit Washington ein ernstes Wort über die Abrüstung und im Zusammenhang damit über die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen zu reden entschlossen sei. «U.S. News & World Report» (6. März) gibt Macmillans Auffassung so wieder: «Nichts ist heute wichtiger als ein Abrüstungsabkommen, das der Ausdehnung der Kernwaffenrüstungen Einhalt gebietet und die Gefahr eines Atomkrieges vermindert. Aber ohne die Beteiligung Rot-Chinas ist ein solches Abkommen undurchführbar. Und Peking weigert sich immer, an Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen, solange es nicht in die UNO aufgenommen sei. Außerdem . . . besteht Rot-China darauf, daß es in den Sicherheitsrat und die Versammlung der UNO bedingungslos aufgenommen wird, so daß also Formosa ausgeschlossen würde. Über die Zukunft Formosas, so heißt es, kann entschieden werden, nachdem Rot-China in die UNO aufgenommen ist. Man sagt einem in London, jetzt sei die Zeit, um Peking zu den Abrüstungsgesprächen herbeizuziehen, bevor es selber Atombomben habe und solange Moskau noch einen Druck auf Rot-China ausüben könne. All das ist die neue Macmillan-Linie. Es sieht so aus, als werde dadurch ein Konflikt zwischen Macmillan und Kennedy unvermeidlich, sofern Macmillan nicht zurückkriecht, bevor er Kennedy im April besucht.»

Leider droht gerade in diesem so wichtigen Augenblick ausgerechnet die britische Labourpartei zu versagen. Ihr letztjähriger Kongreß hat zwar, wie bekannt, einen Beschluß zugunsten einer einseitigen atomaren Abrüstung und einer Lockerung der Bindung an Amerika gefaßt, im Gegensatz zu der Politik der Parteileitung, die an der britisch-amerikanischen Militärallianz und vorerst auch an der atomaren Rüstung Englands festgehalten wissen will. Inzwischen sind aber starke Bestrebungen im Gang, um einen Kompromiß zwischen diesen beiden Richtungen herbeizuführen. Eine Mittelgruppe, deren Hauptsprecher Crossmann, der diesjährige Vorsitzende der Labourpartei, ist, erklärt den ganzen Gegensatz in der Partei als ein Mißverständnis oder doch als durchaus zweitrangig und sucht eine Einigung auf eine Formel herbeizuführen, die sowohl die Bindung Großbritanniens an die Vereinigten Staaten und die Atomrüstung vorläufig anerkennen als auch die Abrüstungsbestrebungen und die Überwindung des Kalten Krieges fördern will. Und sogar Frank Cousins, der Führer der Transportarbeiter-Gewerkschaft, der am Parteitag von Scarborough den Beschluß zugunsten der atomaren Abrüstung durchzusetzen vermocht hat, scheint aus taktischen Gründen — um der Parteieinheit

willen — bereit, diesem faulen Kompromiß zuzustimmen.* Das einzig Gute ist noch, daß der Fraktionsführer Gaitskell selber, der so leidenschaftlich gegen die Mehrheit von Scarborough ankämpft, die «Verständigungsformel» bisher ablehnt und auf einer sauberen Austragung der Gegensätze beharrt, anscheinend auch um den Preis einer Parteisplaltung, die freilich recht verhängnisvoll werden könnte. Die Möglichkeit ist damit immerhin gegeben, daß am diesjährigen Labourkongreß der Beschluß vom vergangenen Herbst bestätigt und durch eine klare Ablehnung der militärischen Bindung an Amerika ergänzt wird. Aber es käme eben auch darauf an, daß schon jetzt, da sich eine britisch-amerikanische Auseinandersetzung über Abrüstung und China vorbereitet, das ganze Gewicht der Labourpartei in die Waagschale geworfen und die Starrheit der amerikanischen Außenpolitik an zwei so wichtigen Punkten, wie es die Abrüstungs- und die Chinafrage sind, gebrochen würde. Geschieht das nicht und wird Macmillan bis zu seinem Treffen mit Kennedy gar selber schwach (wie es in seiner Art liegt), dann haben in den Vereinigten Staaten die politischen Scharfmacher und die militärischen Draufgänger wieder mehr Bewegungsfreiheit, sie, die seit Jahren schon mit dem Gedanken eines «vorbeugenden» atomaren Gewaltschlages gegen die Sowjetunion und China spielen. Die Hamburger Wochenschrift «Neue Politik» (18. Februar) betont in diesem Zusammenhang neuerdings, was hier immer wieder gesagt wurde:

«Im Atomkrieg kann der erste Schlag für den Angegriffenen tödlich sein. Und weil dem so ist, enthält er von Natur aus gewissermaßen den Zwang zum Präventivkrieg, vor allem für den am meisten verwundbaren der beiden Gegner, und das ist Amerika. Die Regierung von Washington ist, seitdem man von einer Parität des Atomschreckens reden kann, ständig diesem inneren Zwang zum Präventivkrieg ausgesetzt. Jeder Amerikaner muß sich sagen: Wenn es den Sowjets einfällt, uns morgen früh mit Atombomben oder -raketen zu überfallen, dann haben wir kein neues Pearl Harbour, das wir mit Gegenschlägen wettmachen können, sondern möglicherweise die Vernichtung unserer ganzen wirtschaftlichen Potenz, abgesehen von den Millionen Todesopfern. Wäre es da nicht richtig, anzugreifen, *bevor* der andere zum Angreifen kommt?»

Der Verfasser des Artikels meint zwar, die Regierung Kennedy habe dem Präventivkrieg entsagt, weil der Pressesekretär des Weißen Hauses erklärt habe, die Vereinigten Staaten lehnten «nach wie vor» einen Vorbeugungsschlag ab. Aber solange nicht viel bestimmtere Äußerungen der verantwortlichen Staatsmänner vorliegen, steht diese optimistische Deutung der Sachlage auf schwachen Füßen. Daß die

* Nach einem neueren Bericht hat sich *Cousins* gegen die Kompromißformel ausgesprochen.

USA den Präventivkrieg ablehnen, haben ja auch Eisenhower und Dulles, Truman und Acheson beteuert, und doch liegt, solange es überhaupt ein atomares Wettrüsten gibt, die Versuchung zum Zuvorkommen mit einem vernichtenden Einsatz von Kernwaffen für *alle* Regierungen und Armeeleitungen, die über Atombomben verfügen, sehr nahe, besonders für diejenigen, deren Gebiet nicht groß und dünn genug besiedelt ist, um (eventuell!) einen Nuklearkrieg auszuhalten. Die Frage bleibt offen, ob in einer Lage, da den Militärführern, die rein strategisch denken, ein Vorbeugungskrieg das allein Rettende erscheinen würde, die zivile Regierung Kraft genug hätte, um auf jede Gefahr hin nein zu sagen. Und in dieser Beziehung kann uns auch die Erklärung von Kennedys Pressesekretär keineswegs beruhigen.

Nicht einmal die Abschaffung der Atombomben aller Art kann uns beruhigen, so wichtig sie als erster Schritt zur Abrüstung wäre. Da nun einmal die Technik der Herstellung von Kernwaffen allen Fachleuten geläufig ist und immer mehr Länder auch industriell leistungsfähig genug sind, die zerstörungskräftigsten modernen Atombomben herzustellen, so würde es auch im Fall eines Krieges, der bloß mit den hergebrachten Waffen begänne, nicht lange gehen, bis eben doch wieder atomare Geschosse auftauchen würden und der Atomkrieg voll in Gang käme. Rettung vor dieser Gefahr verspricht einzig der Verzicht auf *jeden* Krieg, die volle und endgültige Abrüstung, und als eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür der Verzicht auf die Weiterverbreitung der Lüge, daß «der andere» angreifen würde, wenn ihm nicht ständig ein Atomsprengkopf unter die Nase gehalten werde. Daß diese Voraussetzung in erster Linie von der westlichen Welt erfüllt werden muß, liegt auf der Hand. Dann wird es der östlichen Welt auch leichter werden, den Verzicht auf *alle* Anwendung kriegерischer Gewalt auszusprechen, der nicht nur, wie man bisher meinte, eine zwar ideale, aber unrealistische sittliche Forderung ist, sondern heute endgültig als die auch den materiellen Lebensnotwendigkeiten allein noch entsprechende Folgerung aus dem Stand der Vernichtungstechnik anerkannt werden muß.

10. März.

Hugo Kramer



Die Arbeiter sind das Salz der Erde, und ihr Schicksal zu teilen, ist das wahre Abenteuer unseres Zeitalters.

Rewi Alley